

Vorlage Nr.: 2024/0336

Eingang: 25.03.2024

Bevölkerungsschutz in Karlsruhe Anfrage: FW|FÜR

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	23.04.2024	37	Ö	Kenntnisnahme

1. Wie ist es um dem aktuellen Bevölkerungsschutz in Karlsruhe bestellt?
2. Was ist das Ergebnis der im Rahmen des Rückabwicklungskonzepts des Bundes mit Ländern und Kommunen durchgeführten Bestandsaufnahme?
3. Wie wurde auf die in der Begründung genannten Forderungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) und Verteidigungsministers reagiert?

Begründung

Seit 2007 hat der Bund sein Schutzraumkonzept gestoppt, in Karlsruhe wurden sämtliche öffentliche Schutzräume entwidmet. Vorher gab es im Stadtkreis Karlsruhe 35 öffentliche Schutzräume mit mehr als 56.000 Schutzplätzen. Im Rahmen des Ukraine-Kriegs hat sich der Bund 2022 dazu entschieden, das Rückabwicklungskonzept für öffentliche Schutzräume zu überprüfen, wobei gemeinsam mit Ländern und Kommunen eine Bestandsaufnahme aller Schutzräume vorzunehmen. Auch forderten der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) und das Verteidigungsministerium Reaktivierung von Schutzräumen und Investitionen in die Sicherheit der Bevölkerung in unruhigen Zeiten. Dies soll der neuen Bedrohungslagen von Kriegen in Europa, Naturkatastrophen und Terrorismus Rechnung tragen.

Quellen

MDR Aktuell. 09.03.2024, "Städtebund und Verteidigungsminister fordern Reaktivierung von Schutzräumen", *MDR*, <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/zivilschutz-bunker-100.html>.

Proetel, Stefan. 01.05.2022, "Im Katastrophenfall müssen die Karlsruher erst einmal für sich selbst sorgen", *Badische Neuste Nachrichten*, <https://bnn.de/karlsruhe/karlsruhe-stadt/bunker-keine-schutzraeume-angriff-katastrophe-fragen-antworten>.

Unterzeichnet:
Jürgen Wenzel
Friedemann Kalmbach
Petra Lorenz